

Handys, SmartPhones, TabletPCs, Spielekonsolen, Mobilfunkmasten

## Fragen an die KandidatInnen zur Wahl 2013

Die mobile Kommunikationstechnologie dringt in immer mehr Lebensbereiche vor. Doch ihre sozialen und gesundheitlichen Risiken werden nach wie vor unzureichend diskutiert.

Am 27.02.2013 fand im Umweltausschuss des Bundestags dazu eine Anhörung statt, auf der industrieunabhängige Sachverständige eine Wende zu einer Schutz- und Vorsorgepolitik forderten.

Mit unseren Fragen dokumentieren wir aktuelle Punkte einer Verbraucherschutzpolitik, die von der neuen Bundesregierung umgesetzt werden müssen.



### 1 Smartphone-Nutzung

Die Mobilfunk-Hersteller warnen in Gebrauchsanweisungen von Smartphones, dass man diese 1,5-2,5 cm vom Körper entfernt halten sollte – spezielle Warnhinweise gibt es für Schwangere. Die WHO gruppierte die Mobilfunk-Strahlung als möglicherweise Krebs erregend ein. Zahlreiche gesicherte Erkenntnisse wie Schädigungen der Spermien, Föten und Zusammenhänge zum Burn-Out - Anstieg werden nicht einmal ausreichend kommuniziert.

Würden Sie eindeutige Gefahrenhinweise und die Kennzeichnungspflicht mit dem SAR-Wert befürworten?

### 2 Vermeidung von Funkstrahlung durch Kabelbetrieb

Immer mehr Lebensbereiche - von der Schule bis ins Wohnzimmer - werden mit Funktechnologien ausgestattet. Tablets, Spielekonsolen, Mediaplayer, SmartMeter usw. nutzen Funktechnologien wie WLAN zur Datenübertragung. Zur Vermeidung von Funkstrahlung fordern Verbraucherschützer, dass Geräte alternativ immer auch mit Kabelverbindung genutzt werden können – hierzu müssen diese aber mit dem entsprechenden Anschluss ausgestattet sein.

Würden Sie sich für eine Regelung einsetzen, dass alle Geräte alternativ zum WLAN-Anschluss auch per LAN- Kabelanschluss betrieben werden und so der Funkbetrieb deaktiviert werden kann?

### 3 DECT-Schnurlostelefone

Seit einiger Zeit gibt es eine neue Generation von DECT-Schnurlos-Telefonen am Markt, die so einstellbar sind, dass diese nur noch während der Gesprächszeit hochfrequente Strahlung aussenden und über einen Stromsparmmodus verfügen. Ältere Geräte bestrahlen unökologisch und kontinuierlich - 24 Stunden am Tag - ihr Umfeld oder den Arbeitsplatz.

Würden Sie sich für ein Verbot der unökologischen und gesundheitsschädlichen DECT-Dauerstrahler einsetzen?

### 4 Digitale Geräteanwendungen an Schulen

In Erziehungseinrichtungen sollen SmartPhones und TabletPCs zum universellen Lerngerät werden. Das umstrittene Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm hat zu Auswirkungen auf Kinder und Langzeitwirkungen keine Ergebnisse geliefert. Kinder und Jugendliche werden einem unberechenbaren gesundheitlichen wie psychosozialen Risiko ausgesetzt. Auch Pädagogen und Eltern sind im Umgang mit den neuen Technologien unzureichend informiert und vorbereitet. Experten lehnen einen Einsatz vor dem 16. Lebensjahr ab und fordern die Erziehung der Kinder zur Medienmündigkeit.

Würden Sie ein Schulfach Medienerziehung und eine kritische und industrieunabhängige Aufklärungsarbeit an Schulen unterstützen?

## 5 Behördenfunk - TETRA

Der neue digitale Behörden- und Organisationsfunk (BOS) mit der TETRA-Technologie steht in der Kritik. Das System funktioniert nach wie vor nur mangelhaft, ist bereits wieder veraltet, gesundheitliche Auswirkungen auf Einsatzkräfte wurden vor der Einführung nicht untersucht und die Kosten explodieren. Es gibt in 212 Gemeinden Proteste und es existieren 31 offizielle Gemeinde-ratsbeschlüsse mit der Forderung nach einem Moratorium.

Aufgrund der vielen offenen Fragen und der damit verbundenen Kostenexplosion muss die TETRA-Technologie zwingend auf den Prüfstand. Würden Sie zur Klärung aller offenen Fragen ein Moratorium unterstützen?

## 6 Vorsorgepolitik und Grenzwertsenkung

Das Europaparlament hat am 2. April 2009 den Beschluss „Die Gesundheitsproblematik in Zusammenhang mit elektromagnetischen Feldern“ (2008/2211(INI)) gefasst, in dem eine umfassende Aufklärungs- und Vorsorgepolitik gefordert wird, mit 29 Handlungsvorschlägen zu den Risiken der Mobilfunktechnologie. Es werden u.a. eine massive Grenzwertsenkung, der besondere Schutz von Kindern und Jugendlichen durch Aufklärung und ein Werbeverbot, aber auch funkfremde Gebiete für elektrosensible Menschen gefordert. Der Europarat schloss sich 2011 diesen Forderungen an.

Werden Sie sich für die Umsetzung der Forderungen dieser europäischen Institutionen einsetzen? Unterstützen Sie die Forderung nach einer neuen Festlegung der Grenzwerte nach medizinischen Gesichtspunkten?

## 7 Mobilfunkfreie Räume schaffen

Der „Stressreport Deutschland 2012“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin war ein Alarmzeichen. Diagnose-Funk stellt fest, dass das Ansteigen von stressbedingten Krankheiten wie Burn-Out nahezu parallel mit dem Anstieg der Nutzung der Mobilfunktechnologien verläuft. Durch WLAN-HotSpots, flächendeckendes LTE, Vernetzung des Verkehrs, DECT-Telefone und immer neue Anwendungen sind besonders Arbeitnehmer dauerhaft der Mobilfunkstrahlung ohne Erholungsphasen ausgesetzt. Elektrohypersensible finden keine funkfremden Orte mehr. Wie beim Schutz der Bürger vor Passivrauchen sollten auch hier elektrosensible Räume geschaffen werden, vor allem in Krankenhäusern, Kindergärten, Bibliotheken, Schulen, dem ÖPNV und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Würden Sie sich für mobilfunkfreie Räume in öffentlichen Gebäuden, Institutionen und im ÖPNV einsetzen?



Alle vier Jahre wählen - was bringt es? Diagnose-Funk erwartet von den Politikern, dass sie sich den Tatsachen stellen und eine aktive Vorsorgepolitik und Verbraucher-Aufklärung über die Risiken elektromagnetischer Felder einleiten und mithelfen, zukunftsfähige und gesundheitsverträgliche Mobilfunk-Alternativen durchzusetzen. (Bild: Bundestagswahlen 2002)

## 8 Breitbandversorgung ohne Gesundheitsgefährdung

Schnelle Internetnutzung und Datenaustausch sind für jeden Haushalt und Gewerbebetrieb notwendig. Als Brückentechnologien werden z.Zt. LTE, WLAN und WiMAX angeboten, die jedoch die Strahlenbelastung enorm erhöhen und zukünftigen Datenraten nicht gewachsen sind.

Werden Sie sich für Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt und jeden Gewerbebetrieb als gesetzliche Grundversorgung einsetzen?

Diagnose-Funk e.V ist eine internationale Umwelt- und Verbraucherorganisation, die sich für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und Strahlung einsetzt. Das Ziel ist die Aufklärung, dadurch Verhaltensweisen von Verbrauchern und Politik zu ändern und Lösungen für gesundheits-, umweltverträgliche und zukunftsfähige Technologien durchzusetzen.

### Diagnose-Funk

Umwelt- und Verbraucherorganisation zum Schutz vor elektromagnetischer Strahlung e.V.

Postfach 15 04 48

D - 70076 Stuttgart

kontakt@diagnose-funk.de

www.diagnose-funk.org www.mobilfunkstudien.org

# Erweiterte Argumente und Fragen

## Die Problematiken der Vernetzung des Verkehrs mit LTE - und WLAN

Auto- und Versicherungsindustrie planen die komplette Vernetzung des Autoverkehrs über LTE- und WLAN. Dies würde zu einer lückenlosen Bestrahlung der Bevölkerung, Landschaft und Umwelt und zu einer Dauerbestrahlung der Fahrzeuginsassen führen. Wie stehen Sie zu folgenden Problemen:

- Statt einer Strahlenminimierung, wie sie von den EU-Gremien gefordert wird, führt dies zu einer Vervielfachung der Dauerstrahlenbelastung. [Würden Sie sich als MdB für ein generelles Minimierungsgebot einsetzen?](#)
- Zur Wirkung der LTE-Frequenzen auf den Menschen liegen noch keinerlei Forschungsergebnisse vor. [Ist dies im Sinne des Gesundheitsschutzes vertretbar?](#)
- Es gibt keine Tests, wie sich die permanente WLAN-Strahlung in den Fahrzeugen auf das Konzentrationsvermögen der FahrerInnen auswirkt. Die Schädlichkeit der WLAN-Frequenzen ist aber durch mehr als 40 Studien bestätigt, u.a. weisen sie auf ein Nachlassen des Konzentrationsvermögens, der Reaktionszeiten und Zunahme des Zellstress hin. [Kann angesichts solcher Studienergebnisse der Einsatz dieser Techniken genehmigt werden?](#)
- Aus der kompletten Vernetzung und Aufzeichnung der Daten aller motorisierten Verkehrsteilnehmer erhalten die Versicherungen, Verkehrsleitzentralen und Ordnungsbehörden alle Bewegungsdaten der Fahrzeughalter. Dies ist datenschutzrechtlich nicht geklärt. [Wie soll dieses Datenschutz - Problem nach Ihrer Meinung gelöst werden?](#)

## Die Risiken des digitalen Lernens mit TabletPCs und Smartphones

Die digitale Kommunikation verändert viele Lebensbereiche, auch in den Erziehungseinrichtungen. So plant die Bundesregierung, dass Smartphones und TabletPCs zum universellen Lerngerät werden sollen. Kritische Einwände werden nicht berücksichtigt. Über die Risiken der stundenlangen Nutzung dieser über WLAN, UMTS und LTE vernetzten Medien ist die Gesellschaft nur unzureichend informiert und nicht vorbereitet. Die industrieunabhängigen Forschungsergebnisse zeigen, dass die Sorgen berechtigt sind:

- Die WHO gruppierte diese Strahlung im Jahr 2011 als möglicherweise krebserregend ein.
- Die Europäische Umweltagentur stufte 2013 die Mobiltelefonie als Risikotechnologie ein, besonders im Bezug auf Gehirntumore bei Langzeitnutzung.
- Mit dem Bioinitiative Report 2012 und der Mobilewise-

Studie (USA, GB) zu Kindern liegen umfangreiche industrieunabhängige Forschungsüberblicke vor, die Gesundheitsgefährdungen nachweisen.

- Die Zeitschrift umwelt-medizin-gesellschaft veröffentlichte Artikel, die nachweisen, dass elektromagnetische Felder Zellstress erzeugen und damit am Burn-Out-Syndrom beteiligt sind.

[Welche Vorsorgemaßnahmen würden Sie auf Grund der Studienlage, speziell auch für Kinder und Jugendliche, vorschlagen?](#)

## Verbraucherschutzmaßnahmen und Förderung alternativer Technologien

Mit 50 Milliarden Euro Lizenzgebühren für UMTS und 4,4 Milliarden Euro für LTE hat die Bundesregierung die Mobilfunk-Betreiber von Sicherheitsauflagen freigestellt. Eine machbare Versorgung mit minimalst möglicher Strahlenbelastung wurde dem freien Wettbewerb geopfert. Aber: Eine staatliche Regulierung ist auf allen Ebenen notwendig!

[Wie stehen Sie zu folgenden Forderungen?](#)

- Die Glasfaserversorgung für die Versorgung mit „Schnellem Internet“ wird als Grundversorgungsanspruch definiert. Für entlegene Anwesen wird die Versorgung über Satellit subventioniert.
- Statt 14 mobilen Netzen muss ein Netz angestrebt werden, in das sich alle Betreiber einmieten.
- Die Techniken des MiniWatt-Programms, das die Bundesregierung entwickeln ließ, müssen bei der mobilen Versorgung vorrangig angewandt werden.
- Die höchstrichterlich bestätigte generelle Planungshoheit der Kommunen bei der Standortbestimmung von Sendeanlagen ist durch Aufklärungskampagnen des Bundes und durch Handlungsleitfäden der Länder zu unterstützen. Kommunale Mobilfunk-Vorsorgekonzepte müssen die Regel werden.
- Für die Endgeräte müssen Sicherheitsnormen (medizinische Grenzwerte) eingeführt werden, wie es sie z.B. für Computerbildschirme gibt. Alle Geräte müssen mit LAN-Anschlüssen ausgeliefert werden, DECT-Dauerstrahler werden verboten, WLAN-Router müssen mit Abschaltern ausgestattet sein.
- Die Bundesregierung fördert die Grundlagenforschung und Projekte für alternative Funktechnologien, Strahlenminimierungskonzepte und optische Übertragungstechniken.